

In der Pflege die menschliche Würde verteidigen

Mit der steigenden Zahl an Erkrankungen und Todesfällen bei den in Pflegeheimen lebenden alten und sehr alten Menschen verfiel der Staat während des Ausnahmezustandes in Panik, um diese zu retten. Dabei müssten sie schon im Normalzustand gerettet werden.

Denn: Großmütter, Urgroßväter oder Großtanten, die ihren Alltag nicht mehr allein bewältigen können, in ihrer Urteilskraft eingeschränkt oder auch nicht, auf Betreuung und Pflege angewiesen, sind dem System ausgeliefert. Sie werden täglich eher abgespritzt als geduscht, das Essen ist zwar schockgefroren, aber altersgerecht, Zeit für Gespräche und begleitete Spaziergänge gibt es oft nicht. Werden sie unruhig, müssen sie medikamentös behandelt werden, weil niemand Zeit hat sich ihrer anzunehmen. Trotzdem leiden viele Menschen in Pflegezentren unter häufigen und starken Schmerzen. Satt, sauber, sediert reicht nicht. Oder?

Der Staat hat das Gesundheitssystem längst dem freien Markt preisgegeben. Die Gesundheitspolitik der letzten zwanzig Jahre ist brutal gescheitert. Brutal für die ihr Ausgelieferten, lukrativ für die Profiteure. Dem System ausgeliefert sind neben den Bewohnerinnen die Pflegenden. Durch die ständige Unterfinanzierung und die Profitorientierung werden in den Langzeitinstitutionen zu viele schlecht oder gar nicht Ausgebildete angestellt und sind permanent unterdotiert. Mit den Quarantäneausfällen hat sich die Personalsituation noch verschlimmert. Aber auch ohne Virus müssen die Angestellten ihr Leben nach einem unbeständigen Dienstplan organisieren und planen. Die Überzeiten werden nur teilweise abgegolten. Die Ferien sind zeitlich nicht gesichert. Dauernd müssen sie damit rechnen, an Freitagen angerufen zu werden, um einzuspringen. Viele können nicht ablehnen, denn sie wissen, dass dann die Bewohner schlecht versorgt werden,



Seattle am 30.3.2021: Die 98-jährige Yoshia Uomoto kriegt nach einem Jahr Zwangsisolation im Altenheim zum ersten Mal ihren Sohn zu Gesicht. Bevor sie sich von ihrem Schock erholt hat, ist der Besuch schon wieder weg - länger als eine Stunde lässt man den vollständig geimpften Mann nicht bleiben.

weil niemand Zeit hat. Das nennt sich Ausbeutung von Menschlichkeit, Ausbeutung von Empathie. Die menschliche Würde verteidigen; das tun die Pflegenden hingegen tagtäglich. Die Burnoutrate unter Pflegenden ist bis anhin ein Tabu. Einzig über die Ausstiegsrate wird geklagt. Solange sich an den Bedingungen nichts ändert, ist eine solche Klage zynisch, zumal viele gar nicht aussteigen können, selbst wenn sie wollten.

Der Gesundheitsmarkt hat ein gigantisches Volumen. In der Schweiz sind das 85 Milliarden pro Jahr. Ein attraktiver Markt, der Investoren aller Couleur anzieht. Die Profiteure haben mit Betreuung und Pflege von alten Menschen nichts am Hut und sie interessieren sich auch nicht dafür. Sie sind CEOs in einem beispielsweise mittelgroßen Unternehmen, welches parallel neben etwa zwanzig Pflegezentren auch – warum nicht – einen Autohandel betreibt. Nicht zu reden von internationalen Konzernen, welche ihre Profite mit den Immobilien einfahren. Sie kaufen Pflegeinstitutionen, Spitäler oder Spitex-Organisationen auf und verkaufen sie als profitable Einrichtungen mit Gewinn.

Der Staat trägt die Verantwortung für die Ausbeutung der Pflegenden und die schlechte Pflegequalität in Pflegezentren und Langzeiteinrichtungen. Die meisten Politiker haben noch nicht begriffen, dass Privatisierungen und Scheinprivatisierungen (in denen der Staat die Mehrheit hält) und die immer neuen Sparmaßnahmen die Kosten nicht senken, aber die unakzeptablen Zustände in den Pflegezentren verschlimmern. Zu alledem verordnet der Staat nun seit einem Jahr Maßnahmen, welche gegen den Schutz der Persönlichkeit und gegen die Verhältnismäßigkeit verstoßen und denen die rechtliche Grundlage für eine solche Freiheitsberaubung fehlte und fehlt. Von einem Tag auf den andern wurden im Frühling 2020 die in Alters- und Pflegeheimen Lebenden eingesperrt und ein generelles Besuchsverbot erlassen, das [in der Schweiz, Anmerkung der Redaktion] teilweise bis zu sechs Monaten andauerte. Um manche Heime wurden bis zu zwei Meter hohe Metallzäune errichtet. Angehörige konnten von der

anderen Straßenseite zuwinken. Viele Bewohner wurden apathisch, lachten nicht mehr, blieben stumm und traurig. «Das passiert, wenn mündige Personen in ihrem Alltag ungefragt in einer Weise geschützt werden, die ihrem Alltag das nimmt, was ihn lebenswert macht», sagt Daniela Kuhn in ihrem Buch *Eingesperrt, Ausgeschlossen*.¹

Die Maßnahmen wurden teilweise dermassen rabiat und rigoros durchgesetzt, dass eine Mitarbeiterin meinte, sie hätten längst nicht nur hygienische, sondern betriebswirtschaftliche Gründe: um zu rentieren, müsse ein Heim zu 95% ausgelastet sein. Je weniger Bewohnerinnen krank werden oder gar sterben, umso weniger leere Betten drohen. Dennoch gelang es nicht, die am meisten Gefährdeten vor dem Corona-Virus zu schützen. Die Maßnahmen selbst nahmen etlichen von ihnen den Lebenswillen.

Mit der gesteuerten Unterfinanzierung von persönlicher Pflege und Betreuung verweigert der Staat eine menschengerechte Versorgung von Großmüttern, Großtanten und Großvätern, von alten und sehr alten Menschen. Der Staat verletzt hier das Recht auf Leben und das Verbot von unmenschlicher und erniedrigender Behandlung. Die Panik in Corona-Zeiten kommt zu spät: Mit einer Verdopplung des Personals wäre ein wirksamer Schutz möglich gewesen und hätte die vielen vorzeitig Verstorbenen in den Pflegezentren größtenteils verhindert.

Lydia Elmer

Die Autorin unterrichtet Auszubildende für Berufe im Gesundheitswesen in Zürich. Sie ist Teil des Kollektivs «Feministischer Zusammenschluss gegen Denkblockaden: Corona-Krise oder Care-Notstand?», das auf der Webseite www.feministischerlookdown.org seit April 2020 Texte gegen den Ausnahmezustand veröffentlicht.

1) Vgl. Daniela Kuhn: *Eingesperrt – Ausgeschlossen. Besuchs- und Ausgehverbot in Heimen: 17 Bewohner und Angehörige erzählen*, Zürich 2020.